

# 1 Die „Vögte des Internationalen Kapitals“ appellieren an die Deutschen

Sie titeln ihren Appell mit: „Der Euro ist notwendig“

Von Andres Müller

Die eigentliche Frage wäre aber, für wen und wofür ist der Euro notwendig? Fünfzig Manager aus Deutschland und Frankreich haben sich den Text aufsetzen lassen, der diese Frage beantworten soll. Ihre Erklärung wurde am Dienstag, den 21.06.2011, in den überregionalen Zeitungen beider Länder als gemeinsame Erklärung veröffentlicht<sup>1</sup>. Sie sagen: „*wir als deutsche und französische Unternehmer weisen mit allem Nachdruck auf die immensen Vorteile hin, die der gemeinsame Währungsraum gebracht hat....*“ Schauen wir uns die Argumente der hochbezahlten „Angestellten (Manager) des Internationalen Kapitals“ genauer an:

Sie schreiben: „*Die Währungsunion steckt in der Krise, der Euro steht in der Kritik. Das ist das Fazit aus vielen Debatten der letzten Monate*“.

Hierzu ist festzustellen, dass der Euro nicht wegen der Debatten über die Probleme, die er ausgelöst hat, in die Krise gekommen ist. Er hat die Krise verursacht! Das wollen die verantwortungslosen Vertreter des internationalen Kapitals unter den Teppich kehren. Sie ignorieren die Tatsache, die **maßlose Überschuldung** der von Zahlungsunfähigkeit bedrohten Euro-Länder erst **durch den Euro ermöglicht worden ist**. Sie und ihre Firmen haben zehn Jahre lang hervorragend daran verdient, dass sich einige Staaten und deren Unternehmen bei ihnen (den Banken) so hoch verschuldet haben. Die hohe Rendite war die Grundlage für die mit diesen Schulden finanzierten Geschäfte. Aus volkswirtschaftlicher Perspektive ignorieren die Manager die Tatsache, dass der Euro für die Politiker und Regierungen dieser Länder die „Steighilfe“ war, die verhinderte, dass in diesen Ländern die seit langem notwendigen Reformen und Rationalisierungen der Wirtschaft vorgenommen wurden. Diese konnten nämlich wegen der Nettozuweisungen aus den EU-Nettozahlungsländern und den Nettokapitalzuflüssen des renditegerierenden internationalen Kapitals – den Wohlstand in ihren Ländern auch ohne diese Reformen mühelos anheben!

Die Statthalter des Internationalen Kapitals in Deutschland geben vor, die „*Verantwortung für 1,5 Billionen Euro Umsatz*“ und „*für über 5 Mio. Mitarbeiter weltweit zu tragen*“. Sie sprechen aber nicht davon, wie viel Arbeitsplätze sie nach Einführung des Euro allein in Deutschland vernichtet haben, nur weil ihnen der Euro die Kapitalflucht und den Arbeitsplatzexport zum Zwecke der Renditesteigerung erleichtert hat. Bei den Krediten war dies allerdings nicht möglich. Doch da haben sich die „Herren Manager des Finanzkapitals“ etwas besseres einfallen lassen: Sie haben ihre Regierungen überredet, diese Verluste zu übernehmen. Diese müssen nun von den Steuerzahlern getragen werden. Die Deutschen dürfen den Löwenanteil davon schultern. Jetzt können die Steuerzahler des Exportüberschusslandes Deutschland diese exportierten Güter bezahlen, um die heimische Finanzindustrie vor Schaden zu bewahren. Diese Finanzinstitute haben zwar ihren Sitz in Deutschland, aber die bedeutendsten von ihnen sind schon lange mehrheitlich im Besitz des anglo-amerikanischen Finanzkapitals.

Die „Herrn Verwalter“ führen weiter aus, dass die „*Geschichte des Euro eine Erfolgsgeschichte*“ sei, weil der „*Euro heute gegenüber dem Dollar mehr Wert*“ sei als bei seiner Einführung. Welche selektive Manipulation der Wahrheit!

---

<sup>1</sup> So z.B. in der FAZ vom 21.06.2011.

Vergleichen wir diese Aussage mit den Fakten: Bei seiner offiziellen Einführung im Jahr 1999 hatte der Euro einen Wert von 1,16 \$. Am 15. Juni 2011 hatte er einen Wert von 1,41 \$, was einer Steigerung von 21,5 Prozent entspricht. **Pro Jahr sind das gerade einmal 1,72 Prozent.** Unmittelbar nach seiner Einführung (2001) war der Euro schon einmal auf 0,895 \$ (- 23 Prozent) abgesunken. Die momentane Wertsteigerung gegenüber dem Dollar verdankt er der Tatsache, dass der **Dollar noch maroder als der Euro** ist, weil die US-Regierung die Handelsbilanzdefizite nicht in den Griff bekommt und eine maßlose Staatsschuldenpolitik und inflationäre Geldmengenvermehrung betreibt. Warum vergleichen diese deutschen Vollzugsgehilfen der internationalen Auftraggeber nicht die Entwicklung des Euro mit der Außenwertentwicklung der DM? Wie sich der Außenwert der DM in den Jahren von 1968 – 1995 entwickelt hat, zeigt die nachstehende Tabelle<sup>2</sup>:

Änderung	Jahr	1 DM = ? \$	Die jährliche Erhöhung des DM Außenwertes betrug also 6,61 Prozent. Der Wert der DM ist als 3,8 mal so schnell gestiegen als der des Euro! Wäre der Euro nicht gekommen, hätte sich diese Wertsteigerung fort-
dem DM	1968	0,25	
Außenwertes	1995	0,70	
Diff zu 1968	27	178,44%	
pro Jahr		6,61%	

gesetzt, denn die deutschen Exportüberschüsse sind seitdem eher mehr als weniger geworden. Um den Vorteil dieser Wertsteigerung ist das deutsche Volk durch den Euro betrogen worden, weil die „Terms of Trade“ (Warenaustauschverhältnis von Export- und Importgütern) sich unter dem Euro-Regime nicht mehr verbessert haben.<sup>3</sup>

Der Euro habe „für uns alle Beschäftigung und Wohlstand geschaffen...“ behaupten die Statthalter weiter. Warum aber in dieser Zeit in Deutschland die Hartz-IV Regelung geschaffen werden musste, die nur eine Aufgabe hat, die Armut und das Elend etwas erträglicher zu gestalten und zu verteilen, das sprechen sie nicht an! Sie wollen den starken Einbruch der Weltwirtschaft für die Schuldenkrise verantwortlich machen, um von dem eigentlich Schuldigen, dem Euro selbst, abzulenken. Wörtlich: *Der starke Einbruch der Weltwirtschaft hat in einigen Ländern der Währungsunion zu einer wesentlichen Verschärfung der Verschuldung geführt*. Doch die Weltwirtschaft ist in Wirklichkeit gar nicht so stark eingebrochen. Die übermäßigen Schulden wurden schon vorher angesammelt. Hätten sich die heute vor dem Bankrott stehenden Staaten und Volkswirtschaften „in guten Zeiten“ nicht so stark verschuldet, hätte man den realwirtschaftlichen Rückgang der Wirtschaftsaktivitäten genau so schnell wie in Deutschland überwinden können. Die maßlos hohe Verschuldung innerhalb der Euro-Gemeinschaft aber hat der Euro erst ermöglicht!

Anmaßend fordern die Manager dass den „von der Verschuldungskrise betroffenen Ländern finanziell geholfen werden“ muss, so als wären diese Länder von einer Naturkatastrophe heimgesucht worden. Doch die haben die Schulden in verantwortungsloser Weise selber in die Höhe getrieben, um damit ihren Lebensstandard ohne große eigene Mühen steigern zu können. Ihre (vorübergehend) wesentlich höheren Wachstumsraten (im Vergleich zur Deutschen Volkswirtschaft) in den ersten Jahren nach 1999 beweisen dies. Jetzt (im Juni 2011) wurden diese Wachstumsraten, die bisher in den Euro-Statistiken schlummerten und von Ökonomen und Medien ignoriert wurden, sogar in Deutschland

<sup>2</sup> Ausführlich hierzu: [www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de): Hermann Patzak: „Die verdeckten Formen neokolonialer Ressourcenabschöpfung durch Politik und Finanzkapital“ im Abschnitt „Grundlagen“.

<sup>3</sup> Zur Beweisführung dieser Aussage siehe im einzelnen: Hermann Patzak: „Die verdeckten Formen neokolonialer Ressourcenabschöpfung durch Politik und Finanzkapital“, a. a. O.

zum ersten Mal veröffentlicht<sup>4</sup>, nachdem dies auf dieser Weltnetzseite bereits im September 2010 geschehen war. Siehe hierzu: „Die Wirtschaftskrise, das Menetekel für EU und Euro-Union“.

Reales WiWachstum 1999 - 2010	in Prozent	im Vergl.zu Deutschld.	Es zeigt sich, dass Irland in den 11 Jahren des Euro-Regimes pro Jahr ein 3,9 mal und Griechenland 2,7 mal größeres Wirtschaftswachstum als Deutschland zu verzeichnen hatte!
Irland	3,9	3,25 x	
Griechenland	2,7	2,25 x	
Portugal	1,2	1,00 x	
Spanien	2,6	2,17 x	
Deutschland	1,2		

Das Problem ist, dass diese Länder die Zeit dieses – durch den Euro ausgelöst – Wachstums nicht genutzt haben, ihre Wirtschaft grundlegend zu sanieren. Die EU-Kommission hat nicht darauf geachtet, die Verwendung der EU-Nettozahlungen unter den Gesichtspunkten ökonomischer Effizienz zu kontrollieren. Auch den Kredit gewährenden Banken war es egal, wofür die Schuldner (ob Staat oder Privatunternehmen) die Kredite verwendeten – so lange die Schuldner Zins und Tilgung zahlten! Jetzt, da die Schuldner zahlungsunfähig sind, verlangen sie die Bezahlung von den anderen Euro-Ländern (deren Steuerzahlern), die sich nun ihrerseits in unverantwortlicher Höhe verschulden müssen, damit die Banken ungeschoren davon kommen.

Die Appellanten fordern, dass den von der Verschuldungskrise betroffenen Ländern geholfen werden muss, „damit sie ihre finanzielle Unabhängigkeit zurückgewinnen und sich für die Bevölkerung dort eine bessere Zukunftsperspektive einstellt.“

Das istbarer Unsinn, denn es kommt darauf an, dass das Wirtschaftssystem dieser Länder effizienter gestaltet –neudeutsch: restrukturiert – wird. Gerade das aber hat der Euro in nunmehr 11 Jahren erfolgreich verhindert, und diese Fehlstrukturierung kann man nicht von heute auf morgen ungeschehen machen! Dazu müssten diese Länder aus dem Euro entlassen (vom Euro befreit) werden. Die Anpassung müsste unter dem Druck einer eigenen Währung und über Jahre hinweg erfolgen. Bei dieser Lösung müssten allerdings die internationale Finanzindustrie (euphemistisch private Gläubiger genannt) auf einen Teil ihrer noch nicht an EZB oder Euro-Staaten verkauften Forderungen verzichten (abschreiben). Das aber wollen sie verhindern, das ist das eigentliche Motiv, warum sie an die Deutschen appellieren, diese Zahlungen zu übernehmen. Durch diese Schuldabwälzung auf die Steuerzahler wird aber die Effizienz der maroden Volkswirtschaften nicht gesteigert und in diesen Ländern können Staat und Privatwirtschaft so ineffizient wie bisher weiter wursteln.

Nun könnte mach Leser sagen, dass den von Zahlungsunfähigkeit bedrohten Euro-Staaten doch gewaltige Sparmaßnahmen von EU-Kommission, EZB und IWF auferlegt werden, die von den Medien irreführend als Reformen bezeichnet werden. Hierzu ist zu sagen, dass die Wirtschaft durch Einsparungen nicht leistungsfähiger wird. Man erreicht dadurch nur, dass die Wirtschaft unter dem Druck dieser Einsparungen noch weiter schrumpft und die Haushalts- und Handelsbilanzdefizite noch größer werden. Das hat schon der Deutsche Reichskanzler Brüning Anfang der 1930iger Jahre leidvoll erfahren müssen, der mit der gleichen Methode die deutsche Wirtschaft aus der Weltwirtschaftskrise herausführen wollte. Er ist damit kläglich gescheitert.

<sup>4</sup> Vgl. z.B. „Die Vor- und die Nachteile des Euro“ von Philip Plickert, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.06.2011 Seite 12.

Die „Retter des Euro“ aus der Politik und ihre ökonomischen Ratgeber haben aus der Geschichte nichts gelernt. Sie werden den „Karren vollends an die Wand fahren“. Denn die immer kleiner werdende Zahl der Volkswirtschaften mit noch intakter Wirtschaft wird mit jedem weiteren „Rettungspaket“ – die sich heute schon auf über 1 Billion Euro summieren – völlig überfordert. Die „Retter“ werden den Euro nicht retten. Sie liefern vollends den Beweis, dass eine gemeinsame Währung für so viele völlig unterschiedlich konstituierte Volkswirtschaften nicht funktionieren kann. Die Leidtragenden sind die Menschen in den Volkswirtschaften, die immer tiefer in den Strudel der Verschuldung hineingezogen werden und für die Schulden der anderen haften sollen.

Das verlangen die Politiker aller Parteien in Deutschland, denen die Menschen bisher vertraut haben. Mit der frechen Forderung, die eigenen Verluste auf die Steuerzahler zu überwälzen, outen sich die Statthalter (Manager) der in Deutschland ansässigen internationalen Konzerne selbst. Die Tatsache, dass die maßgebenden deutschen Volksvertreter aller Parteien unter der „falschen Flagge“ der angeblichen Solidarität mit den überschuldeten Euro-Staaten bereit waren, ihre Bürger haften zu lassen, zeigt überdeutlich, dass sie ihren Eid – das Wohl des Deutschen Volkes zu mehren – gebrochen haben.